

NIEDERSCHRIFT

über die 25. Beratung des UVO - Ausschusses am 24.01.2018

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung; Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Sahlmann, Ausschussvorsitzende, begrüßt die anwesenden Gäste, die Mitglieder des Ausschusses sowie die Verwaltung und wünscht ein gutes und gesundes Jahr 2018. Es wird festgestellt, dass allen Mitgliedern die Unterlagen rechtzeitig und vollständig zugegangen sind. Der Ausschuss ist beschlussfähig. 5 Gemeindevertreter sind anwesend.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 24.01.2018

Es liegt ein Antrag auf Rederecht zum TOP 5.1.1 Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung, nächste Schritte, für Herrn Max Steinacker, wohnhaft Pilzwald und Mitglied der Bürgerinitiative Sommerfeldsiedlung vor.

Abstimmung des Rederechts: einstimmig empfohlen

Die geänderte Tagesordnung mit dem Rederecht wird festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 29.11.2017

Es liegen keine mündlichen und schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vom 29.11.2017 vor. Die Niederschrift wird festgestellt.

TOP 4 Bericht der Ausschussvorsitzenden

Frau Sahlmann informiert

- darüber, dass der Verwaltung schriftliche Anfragen von ihr vom 14.01.2018 zum Thema gefällte Bäume/Bannwald/Zehlendorfer Damm vorliegen. Da diese sehr umfangreich und nicht in der Kürze der Zeit zu beantworten waren, haben sich die Ausschussvorsitzende und die Verwaltung darauf verständigt, das Thema und die Beantwortung der Fragen in der Märzsession zu

behandeln;

- zum Vorliegen einer Dokumentation über Kleingewässer, Amphibien und Feuchtgebiete in Kleinmachnow von Herrn Jörg Dorowski (Buschgrabenverein). Sie übergibt dem Ausschuss eine Übersicht zur Kenntnis.
- Am 26.02.2018, 17.00 Uhr, findet im Bürgerhaus Teltow eine Informationsveranstaltung der Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg über die Teltowkanal-Aue statt.
- Am 17.03.2018 findet die Mobilitätskonferenz im Rathaus Kleinmachnow statt (Herr Katschmarek, Deutsche Bahn, hat sein Kommen zugesagt).
- Die Ausschussvorsitzende habe ein Anschreiben von Frau Zimmermann, E.-Thälmann-Str. 153 mit dem Inhalt erhalten, dass zwischen OdF-Platz und Steinweg zu schnell gefahren werde. Dort gelte Tempo 50 und sie wünsche sich Tempo 30, weil es ein Schulweg sei. Das Thema sollte im Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden.

Frau Storch nimmt an der Sitzung teil. 6 Gemeindevertreter sind anwesend.

TOP 5 Informationen der Verwaltung

TOP 5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

TOP 5.1.1 Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung, nächste Schritte

Herr Dr. Prüger informiert zu den im vergangenen Jahr durchgeführten Bürgerdialogen. Im Februar 2018, voraussichtlich am 20.02.2018, soll die Abschlussveranstaltung zum Bürgerdialog stattfinden. Die Einladungen werden zurzeit vorbereitet.

Herr Max Steinacker, wohnhaft Pilzwald 5 und Mitglied in der Bürgerinitiative nimmt sein Rederecht wahr (**s. Anlage 2**).

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- keine Bestätigung, dass das bestehende Straßenprofil in allen Straßen übernommen wird
- parkende Autos auf die Grundstücke stellen
- Straße An der Stammbahn nicht außer Acht lassen (ein Durchkommen der Rettungsfahrzeuge und der Feuerwehr muss gewährleistet sein)
- problemloses Parken ist nicht möglich, begrenzte Anzahl Parkbuchten vorsehen
- das vom OA (Ordnungsamt) seit 2002 tolerierte Parken auf Gehwegen überdenken
- konstruktive Vorschläge von der BI zur Lösung differenziert nach jeder einzelnen Straße erwünscht
- Kontrollfahrten des OA nach 19 Uhr in der Straße An der Stammbahn

Anfrage Herr Liebrecht: „Gibt es belastbare Zahlen hinsichtlich Behinderungssituationen von Rettungs-/Feuerwehreinsätzen in den letzten zwei Jahren?“

Beantwortung Frau Leißner: „Wir haben keine Statistik. Es finden regelmäßige Kontrollfahrten statt.“

Herr Liebreuz schlägt vor, diese Zahlen beim Rettungsdienst abzufragen. Herr Weis schlägt vor, diese Aufstellung nicht nur für die Sommerfeldsiedlung zu machen, sondern für den gesamten Ort. Feuerwehr, Rettungsdienst Teltow und Bauhof sollten konkrete Stellen benennen, wo es Probleme gibt.

Ergänzung Herr Schramm: „Auch die Abfallentsorgungsunternehmen/Polizei einbeziehen.“

Frau Leißner stimmt dem zu.

An der Diskussion beteiligten sich: Frau Storch, Herr Fritzsche, Herr Sahlmann, Herr Weis, Herr Liebreuz, Herr Schramm, Herr Wolschon

TOP 5.1.2 Stand der Regenentwässerung im öffentlichen Straßenland

Herr Dr. Prüger informiert, dass die Niederschlagsmengen in den letzten Jahren zunehmend gestiegen sind (2017 über 800 mm/m²). Es gab teilweise Probleme, die Regenmengen abzuleiten. Die Regenentwässerungsanlagen sind historisch „gewachsen“, bestehen schon seit vielen Jahrzehnten. Sie haben ihren Ursprung teilweise im Anfang der Siedlungsentwicklung. Auch Niederschlagswasser, das auf privaten Grundstücken anfällt, wird zum Teil illegal in das öffentliche Schmutzwassernetz geleitet, so dass zusätzliche Wassermengen aufgenommen werden müssen. Grundsätzlich ist das eigene Oberflächenwasser auf dem eigenen Grundstück zu versickern. Die Gemeinde ist gesetzlich zuständig für das ordnungsgemäße Ableiten des Regenwassers im Gemeindegebiet. Das Niederschlagswasser, was auf privaten Grundstücken anfällt, darf nicht auf öffentliche Flächen und auch nicht in das Abwassersystem des Abwasserzweckverbandes geleitet werden. Zurzeit befindet man sich mit dem Abwasserzweckverband in einem intensiven Abstimmungsprozess, um die Fehleinleitungen in die öffentlichen Systeme zu reduzieren. Die Fehlstellen werden lokalisiert und in einer digitalisierten Karte zusammengefasst. Das vorhandene Regenentwässerungssystem sollte in der bisherigen Art und Weise erhalten bleiben. Wesentliche Erweiterungen würden einen sehr hohen Investitionsaufwand bedeuten.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Fremdeinleitungen in das Leitungssystem des WAZV werden der Gemeinde Kleinmachnow in Rechnung gestellt, wenn die im Vertrag zwischen den Berliner Wasserbetrieben und dem WAZV vereinbarten Aufleitmengen auf die Kläranlage Stahnsdorf, die durch Starkniederschlagsereignisse verursacht werden, überschritten werden.
- Problem der zunehmenden Flächenversiegelung und -verdichtung
- mehr Kontrollen durch das OA
- verstärkte Reinigung der Sickerschächte/Abtrag der obersten Schichten
- Prüfung einer Satzung zur Verhinderung weiterer Versiegelungen in der Sommerfeldsiedlung

Informationen zur Regenwasserproblematik im Land Berlin sind u. a. zu finden unter:

<https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/wasser/regenwasser/index.shtml>

Unter der Rubrik „Rechtliche Regelungen“ finden Sie „Niederschlagswasserfreistellung“. Mit dem Erlass der [Niederschlagswasserfreistellungsverordnung](#)

[\(NWFreiV\)](#) vom 24.08.2001 besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zur erlaubnisfreien Versickerung von anfallendem Niederschlagswasser außerhalb von Trinkwasserschutzonen. Die möglichen verschiedenen Versickerungsverfahren sind mit schematischen Darstellungen und Beispielen in der Broschüre "[Neuer Umgang mit Niederschlagswasser in Berlin](#)" zusammengestellt. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist bei der Wasserbehörde (II D 2) ein Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis gemäß [Hinweisblatt Nr. 2 für Antragsteller: Niederschlagswasser-versickerung](#) zu stellen.

Frau Heilmann, K., Frau Heilmann, Chr. und Herr Krause nehmen an der Sitzung teil.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Schulz-Kersting, Herr Wolschon, Herr Weis, Herr Sahlmann, Frau Sahlmann

TOP 5.1.3 Rad- und Wanderweg entlang des Teltow-Kanals (Uferweg Teltowkanalaue), Stand der Umsetzung Abschnitte 7/8 (südlich Stolper Weg) und 9 (westlich Dreilinden)

Herr Dr. Prüger informiert, dass die Genehmigung der Berliner Forsten zur Herstellung des Weges für den BA II im Abschnitt 7 und 8 und für den Abschnitt 9 A nun vorliege und dass auch mit den Bauarbeiten im BA II des Abschnittes 7 und 8 bereits begonnen wurde. Die Fertigstellung der Arbeiten soll im Herbst 2018 sein.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- In Höhe Campingplatz befindet sich ein asphaltierter Weg, der aber sehr reparaturbedürftig ist.
- Es besteht Handlungsbedarf zur Vervollständigung des Weges in Richtung Zehlendorf, westlich der Rammrath-Brücke.

19.05 Uhr bis 19.15 Uhr Unterbrechung der Sitzung (Ausfall der Mikrofonanlage/keine Aufzeichnung möglich). Die Sitzung wird fortgesetzt. Frau Leißner gibt den Hinweis, laut ADV könnte das WLAN-Netz überlastet sein und bittet die Ausschussmitglieder die WLAN-Funktionen einzuschränken.

Herr Weis bittet darum, dass der aktuelle Stand der Planungen und die Errichtung des Rad- und Wanderweges entlang des Teltowkanals vorgestellt wird. Insbesondere geht es auch um den Bereich zwischen Teltow-Werft in Zehlendorf über das Augustinum und den auf Teltower Stadtgebiet gelegenen Wiesenweg südlich von „Klein-Moskau“.

Herr Dr. Prüger wird zur nächsten UVO-Sitzung über den aktuellen Stand zu informieren.
Der Ausschuss stimmt zu.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Sahlmann, Frau Storch, Herr Weis

TOP 5.2 **Schriftliche Informationen der Verwaltung**

TOP 5.2.1 **Integriertes Verkehrskonzept Kleinmachnow, hier: Information zum Stand der Bearbeitung und zur vorläufigen Zeitplanung bis Ende 2018** **INFO 001/18**

Herr Evermann, Verkehrsplaner, erläutert anhand einer Präsentation das Verkehrskonzept. Die Planung erfolgt in 4 Phasen:

1. Bestandsanalyse
2. Einzelbetrachtung von identifizierten Problembereichen
3. Priorisierung von Maßnahmen
4. Gesamtkonzept Kleinmachnow

Bis 11/2018 soll die Planung abgeschlossen sein.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Schulwegpläne aktualisieren und integrieren
- Grundsatzbeschluss Verkehrskonzept Förster-Funke-Allee/Hohe Kiefer läuft parallel weiter
- wenn die Kapazitäten seitens der Verwaltung zu eng werden, dann rechtzeitig Externe hinzuziehen
- Pflasterung Am Weinberg falsch dargestellt
- Lärmkartierung wird überarbeitet
- eingeschränkte Haltverbote auf den Hauptverkehrsstraßen beachten (Bürgerhaushalt)
- überlegen, welche Kriterien und Messgrößen sollen für die zukünftige Verkehrsplanung für Kleinmachnow angewendet werden
- Hinweis auf den Maßnahmenplan 2 und integriertes Verkehrskonzept TKS
- ÖPNV-Anbindung an Berlin berücksichtigen (z. B. Busse 101, 115)

Auf Wunsch von Frau Storch wird die Liste „Handlungsgrundlagen“, die nicht in der schriftlichen Information enthalten ist, dem Protokoll beigelegt (**s. Anlage 3**).

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Sahlmann, Herr Liebrecht, Herr Schulz-Kersting, Herr Fritzsche, Herr Weis, Herr Schramm, Frau Sahlmann, Frau Storch

TOP 6 **Informationen, Diskussionen, Beschlussempfehlungen**

TOP 6.1 **Unfall in der Silvesternacht durch Böller mit Todesfolge, Diskussion**

Die Ausschussvorsitzende erläutert, warum sie den TOP auf die Tagesordnung gesetzt habe. Es gehe nicht darum, den Unfall zu diskutieren, sondern darum, wie in Zukunft so etwas verhindert werden könne.

Ausführungen Frau Storch: „Es geht über diesen Fall hinaus um Grundsätzliches, dass die Knallerei und die Böllerei zu Silvester zumindest als sehr belastend und gefährlich angesehen werden und ich mich gefragt habe, welche Möglichkeiten die Kommunen haben, eine gewisse Einschränkung vorzunehmen. Rechtsgrundlage sind die

erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz und das Landesimmissionsschutzgesetz. Auf kommunaler Ebene gibt es die Gehölzschutzsatzung, die z. B. einschlägig wäre, weil die Böller in die Bäume gehen und eine erhebliche Brandgefahr darstellen. Wir haben eine Häufung an Baumschäden, nicht nur sturmbedingt. Ich überreiche Ihnen meine konkreten Fragen schriftlich. Das sind konkrete Fragen zum Brandschutz, zur Änderung der Gehölzschutzsatzung und welche weiteren Möglichkeiten es auf kommunaler Ebene gäbe. In anderen Gemeinden wird die Knallerei eingeschränkt, meistens aus Gründen des Brandschutzes von Altstädten. Wir haben keine Altstadt, aber einen ortsbildprägenden Großbaumbestand. Ich meine, die Gehölzschutzsatzung in Verbindung mit der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz könnte eine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für die Gemeinde darstellen, um hier gewisse Einschränkungen vorzunehmen. Ich bitte um Prüfung.“ **(s. Anlage 4)**

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- zentralen Ort schaffen, wo kontrolliert geknallt werden könnte (z. B. als Event bei Ebay)
- die gesetzlichen Zeiten der Knallerei sind unbedingt einzuhalten, zuständig sei das OA
- ein Beratungszentrum für Traumatisierte befindet sich im Gesundheitszentrum Teltow
- nur landes- bzw. bundesrechtlich zu klären
- Einsatzkräfte wurden zum Teil von den Betroffenen angegangen bzw. behindert, dass sollte nicht unberücksichtigt bleiben
- Unglücksfall vom 01.01.2018 nicht instrumentalisieren

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Fritzsche, Herr Herrmann, Herr Schulz-Kersting, Frau Heilmann, K., Herr Krause, Frau Storch, Frau Sahlmann

TOP 6.2

Durchführung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbglÖG)

DS-Nr. 001/18

Die anliegende Ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus Anlass von besonderen Ereignissen im Jahre 2018 wird beschlossen.

Anlage:

Ordnungsbehördliche Verordnung verkaufsoffener Sonn- und Feiertage 2018.

Frau Leißner erläutert die Beschlussvorlage.

Es findet keine Aussprache statt.

Herr Schramm ist abwesend; 6 Gemeindevertreter sind anwesend.

Abstimmungsergebnis:

5 Zustimmungen / 0 Ablehnung / 1 Enthaltung – einstimmig empfohlen

TOP 7

Offene Postenliste

Frau Sahlmann habe den Eindruck, dass die Liste stagniere und äußert den Wunsch nach einer intensiveren Abarbeitung.

Frau Heilmann, K. und Frau Heilmann Chr. verlassen die Sitzung.

Lfd.-Nr. 1- Neupflanzung von Eichen/Winterwartung am Zehlendorfer Damm

Kein neuer Sachstand. Die Verwaltung ist im engen Kontakt mit dem Landesbetrieb Straßenwesen.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 2 – Fertigstellung Gehweg am Stolper Weg

Hinweisschilder zur Ausweisung des Gehweges wurden aufgestellt. Es besteht ein hoher Bedarf der fachlichen Umsetzung.

Herr Krause informiert, dass dort viel Fußgängerverkehr und diese Ecke ein Unfallschwerpunkt sei. Er sieht den Ausbau als dringlich an.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 3 – Überarbeitung der Stellplatzsatzung hinsichtlich der Fahrradstellplätze

Es gibt keine Regelung hinsichtlich der Fahrräder; verwaltungsinterne Prüfungen dazu laufen. Die Potsdamer Stellplatzsatzung sieht Regelungen zu Fahrrädern vor.

Vorschlag: Einarbeitung des Punktes in das Verkehrskonzept.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 4 – Straße Feldfichten – dauerhaft parkendes Wohnmobil auf Gehweg/schlechte Sicht

In der Sommerfeldsiedlung werden die Gehwegparkenden toleriert. Man hoffe auf eine Änderung, wenn sich an der dortigen Situation etwas ändert. Es habe Gespräche mit dem Halter gegeben; diese fruchten nur nicht. Frau Leißner stellt noch einmal klar, dass das Wohnmobil nicht abgestraft wird, sofern es nicht verkehrsbehindernd steht.

Frau Sahlmann stellt ihre gegensätzliche Position dar: Das OA kommt seiner Aufgabe nicht nach.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 5 – Zwei-Richtungs-Radweg am Stolper Weg zwischen Stahnsdorfer Damm und Heidefeld

Es wurde noch kein Antrag gestellt, dass der gegenläufige Radweg abgeordnet und ein Schutzstreifen angeordnet wird.

Herr Weis informiert, dass am 14.02.2018 eine Entscheidung des OVG zur Radwegebenutzungspflicht gefällt werden soll. Das Urteil soll abgewartet werden. Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 6 – Stellplätze/Müllstellplätze im Ortszentrum Rathausmarkt – Feststellung: Diese Abfallcontainer sind nicht genehmigt. Wie geht es weiter? Es gehen 6 – 8 Parkplätze verloren.

Herr Weis: „Es ist klar, die Müllbehälter auf den Parkplatzflächen sind illegal und entweder gibt es die Variante, dass der B-Plan umgeändert wird, dort steht die Anzahl der Parkplätze, oder es muss etwas anderes passieren.“ Herr Gutheins gibt den Hinweis, doch mal die Baugenehmigung einzusehen.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 7 – Verkehrslösung Schulwegsicherung Steinweg-Schule/Herstellung eines FGÜ

Frau Sahlmann informiert, dass es einen Beschluss dazu gibt.

Herr Weis informiert, dass am 01.02.2018 durch den LK PM eine Vor-Ort-Besichtigung stattfindet und weiterhin sollte die Möglichkeit zur Fahrradstraße geprüft werden.

Der Termin soll abgewartet werden. Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 8 – Wie ist die rechtliche Regelung, dass die Gemeinde gehindert ist, an allen Hauptverkehrsstraßen Park- oder Haltverbote einzuführen?

Frau Leißner hält an der Beantwortung fest: „Überall dort, wo Halt- und Parkverbotschilder stehen, darf nicht gehalten und geparkt werden. Im Umkehrschluss darf sonst überall geparkt und gehalten werden (§ 12 StVO).“

In der letzten Sitzung sollte durch den Fragesteller die Frage konkretisiert werden. Leider war der Fragesteller in der Sitzung nicht anwesend. Da die Frage heute auch nicht konkretisiert werden kann, wird der Punkt aus der OP-Liste gestrichen.

Lfd.-Nr. 9 - FW-Bewegungsflächen auf dem Rathausmarkt – welche Anforderungen sind hier nicht erfüllt (Schankgarten und feste Schirmständer vor dem Restaurant Trattoria ehemals Alfreds)

Ausführungen Frau Leißner: „Wenn eine Bespielung durch Winzerfest, Kinderfest, Italienische Nacht auf dem Rathausmarkt stattfindet, sind die Feuerwehrbewegungsflächen auf dem Rathausmarkt beeinträchtigt.“

Herr Weis: „Mir geht es nur darum, hier wird gegen Gesetze gehandelt und ich möchte wissen, was Sie daraus machen.“

Frau Leißner: „Wir sind mit dem LK in Gesprächen und überprüfen, ob gegen die festgesetzten Flächen verstoßen wird. Wir haben Anfragen gestellt, ob es möglich ist, die FW-Bewegungsflächen für diesen Bereich in solchen Situationen, wenn dieser Markt besetzt ist, zu ändern, ob es eine gangbare Möglichkeit gibt, von einer anderen Seite dorthin zu kommen. Daran arbeiten wir noch, da gibt es noch keine Antwort vom LK. Wir sind parallel dabei, die Konzeption der Aufstellung der Laternen und Fahrradbügel zu ändern und das ermöglicht uns dann, die FW-Bewegungsflächen freizuhalten bei jeder Art der Bespielung des Rathausmarktes. Ich hoffe, Ihre Frage damit beantwortet zu haben.“

Herr Weis zu Protokoll: „Der Leiterin des OA ist bekannt, dass hier ein Rechtsverstoß gegen die Vorschriften der Bauordnung und der FW-Sicherheit vorliegt und das muss geklärt werden. Alles Weitere obliegt der Leiterin des OA, die Genehmigungen ausstellt für Schankgärten auf FW-Bewegungsflächen und alles Mögliche. Danke.“

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 10 Kreuzung E.-T.-Str./Hohe Kiefer – Anbringen eines grünen Pfeils und längere Grünphasen und W.-Seelenbinder-Str./Hohe Kiefer – weniger Parkplätze (Straße ist nicht einsehbar)

1. Grüner Pfeil/längere Grünphase: Ein Fachbeitrag vom Verkehrsplanungsbüro wird vorbereitet. Der Punkt bleibt in der Liste.
2. W.-Seelenbinder-Str./Hohe Kiefer: Situation wurde am 30.11.2017 überprüft und festgestellt, dass ein Spiegel vorhanden ist und entweder über den Spiegel oder beim vorsichtigen Heranfahren die Einsicht gewährleistet ist. Dieser Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 11 – eingeschränktes Haltverbot Zehlendorfer Damm im Abschnitt Am Weinberg/ Förster-Funke-Allee sowie Zehlendorfer Damm in Richtung Karl-Marx-Straße

Frau Leißner: „Herr Weis, Sie haben ja die entsprechenden Anträge gestellt. Diese werden durch die Verkehrsbehörde geprüft. Wie lange das dauert, kann ich Ihnen nicht sagen. Sie werden als Antragsteller über den Sachstand informiert.“

Herr Weis hat die Anträge als Kreistagsmitglied gestellt und wird den Ausschuss über das Ergebnis informieren.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 12 – FGÜ Höhe Fuchsbau – Einschränkung der Sicht im Dunkeln durch einen Parkplatz

Herr Dr. Prüger: „Die Situation wurde geprüft. Es wurde festgestellt, dass genügend Einsicht vorhanden und kein Rückbau des Parkplatzes erforderlich ist.“

Der Punkt bleibt in der Liste; die Situation wird ein zweites Mal geprüft.

Weiterführung Verkehrskonzept Rathausmarkt – Wie unter TOP 5.2.1 berichtet, wird das Verkehrskonzept weitergeführt. Der Punkt kommt aus der Liste.

TOP 8 **Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung**

Herr Dr. Prüger informiert, dass die schriftlich gestellte Anfrage vom 14.01.2018 von Frau Sahlmann zu „Gefällte Bäume/Bannwald/Zehlendorfer Damm“ schriftlich beantwortet vorliegt und schlägt vor, die Anfrage und die Antworten mit dem Protokoll zu versenden. Frau Sahlmann stimmt dem zu (s. Anlage 5). Das Thema soll auf die Tagesordnung der Märzszitzung.

Herr Fritzsche macht darauf aufmerksam, dass die Märzszitzung 2018 der 5. Jahrestag der Ampelschaltungskonzeption sei. Es sei ein Armutszeugnis für den Ausschuss, dass 5 Jahre lang ein Problem vor sich hergeschoben wird, was den Ausschuss direkt angeht (Verkehrsführung, Verkehrsfluss). Langsam nehme er das persönlich.

Anfragen Frau Sahlmann:

1. „Es geht um Baufällungen im Dickicht 46; dort wurden ca. 10 Bäume gefällt. Ist das alles rechtens?“
Beantwortung Herr Dr. Prüger: „Eine Genehmigung zur Fällung liegt vor; es wurde nicht mehr gefällt, als genehmigt wurde. Sie können Akteneinsicht nehmen. Vereinbaren Sie einen Termin.“
Frau Leibner weist als Datenschutzbeauftragte auf das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) hin. Demnach ist nur dann ein Akteneinsichtsrecht gegeben, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen, insbesondere personenbezogene Daten Dritter, dagegen stehen.
2. „Es gebe keinerlei Mülltrennungen an den Bushaltestellen. Kann eine Mülltrennung eingeführt werden?“
Herr Dr. Prüger: „Wir werden die Frage schriftlich beantworten.“
Frau Sahlmann: „Ich leite Ihnen die Anfrage der Bürgerin per E-Mail zur Beantwortung weiter.“
Herr Liebrecht berichtet darüber, dass Berlin einen Versuch auf Bahnhöfen ausprobiert habe und feststellen musste, dass es nicht funktioniert. Demzufolge wurde der Versuch wieder eingestellt.

Kleinmachnow, den 15.02.2018

Barbara Sahlmann
Vorsitzende des UVO - Ausschusses

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Redebeitrag zu TOP 5.1.1
3. Übersichtsblatt zu den Arbeitsgrundlagen für die Erarbeitung des Verkehrskonzeptes
4. Anfragen Frau Storch zur Einschränkung der Silvesterknallerei
5. Anfrage Frau Sahlmann zur Situation im Bannwald und Beantwortung der Verwaltung